

Oö Informiert

Nr. 1, 2014

GZ 04Z035680 M, Verlagspostamt 4040 Linz, P.b.b.



So nicht! **NEIN** zu Postenschließungen

Junges Wohnen:
Kleine Wohnungen
mit günstigen Mieten

Seite 2/3

Sicherheit:
Setzen Sie ein Zeichen –
unterschreiben Sie!

Seite 4/5

AK-Wahl:
In Oberösterreich
vom 18.–31. März

Seite 8/9

Junges Wohnen in Oberösterreich

„Wir wollen junge Menschen dabei unterstützen, den Traum von der ersten eigenen Wohnung Wirklichkeit werden zu lassen“, erklärt Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner seine Beweggründe, das Projekt Junges Wohnen in Oberösterreich ins Leben zu rufen.

Denn: Für junge Familien gibt es bereits Förderschielen – etwa im Eigenheimbereich. Auch für ältere Mitbürger bestehen besondere Förderungsmöglichkeiten. Viele junge Menschen wollen als Startwohnung allerdings nur schnell eine kleine und günstige Wohnung für sich. Aus der elterlichen Wohnung auszuziehen ist ein wichtiger – und

manchmal notwendiger – Schritt in ein eigenständiges Leben. „Diesen Schritt muss man sich allerdings erst einmal leisten können. Daher ist die erste Wohnung ja meistens nicht die Wohnung fürs Leben, sondern man muss ganz andere Kriterien erfüllen“, so Haimbuchner.

jedoch auf eine Verweildauer von zehn Jahren.“

„Wir müssen alles daransetzen, dieses Vorhaben kostengünstig umsetzen zu können“, spricht sich Haimbuchner dafür aus, „dass auch die Gemeinden ihren Teil dazu beitragen sollen.“ Dies soll mittels Bereitstellung von entsprechenden Baugrundstücken erfolgen. Zudem soll die Landesförderung von 58 auf 66 Prozent angehoben werden. Durch diese Maßnahme erwartet sich Haimbuchner einen spürbaren Rückgang der Mieten. „Ich halte es für absolut machbar, dass eine 45 m² Wohnung inklusive Betriebskosten bei rund 320 € Monatsmiete kosten wird.“


Konkret ist geplant, gemeinsam mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen und den Gemeinden genau diesen Wohnraum in den nächsten Jahren zu schaffen. „Errichtet werden sollen Wohnungen, die maximal 65 m² groß sind und nur in Miete vergeben werden“, präzisiert Haimbuchner die Pläne. Aus Sicht des freiheitlichen Wohnbaulandesrates soll der überwiegende Anteil der Wohnungen 30 und 45 m² haben. „Wer bei Mietantritt jünger als 30 Jahre ist, soll eine Wohnung erhalten, höchstens

Kriterien:


- Die Wohnungsgrößen betragen 30/45/max. 65 m².
- Die Vergabe darf ausschließlich in Miete erfolgen.
- Es darf kein Finanzierungsbeitrag vom Mieter eingehoben werden.
- Das Objekt soll vorrangig auf einem Baurechtsgrund errichtet werden.
- Die Bewohner dürfen zum Zeitpunkt der Anmietung das 30. Lebensjahr nicht vollendet haben.
- Die max. Verweildauer beträgt zehn Jahre.



Günstiges Wohnen für unter 30-Jährige

 **Wie entstand die Idee, Wohnraum für Junge zu schaffen?**

Haimbuchner: Laut Statistik wohnt jeder zweite 25-jährige Mann und jede dritte 25-jährige Frau in unserem Bundesland noch bei den Eltern. Zahlen aus dem Dezember 2012 zeigen, dass 7.003 Oberösterreicher im Alter von 18 bis 29 Jahren auf Wohnungssuche sind. Das ist die mit Abstand größte Gruppe. Mehr Junge als alle anderen Altersgruppen insgesamt suchen eine Wohnung. Die Zahlen belegen: Meine Vorgänger im Wohnbau-Ressort haben es schlicht und einfach verschlafen, leistbaren Wohnraum für Jugendliche zu schaffen. Viele Junge können sich größere Wohnungen nicht leisten.

 **Wie wollen Sie diese Lücke schließen?**

Haimbuchner: Es ist weiterhin wichtig, in den Neubau zu investieren. Aber mir ist es ein Anliegen, dass wir auch den leistbaren Wohnraum für Junge forcieren. Günstiger Wohnraum kann und muss geschaffen werden. Wir wollen die Errichtung von Kleinstwohnungen verstärken.



Foto: Gregor Hartl

 **Gibt es schon Pläne?**

Haimbuchner: Der Entwurf für eine Verordnung für das Projekt „Junges Wohnen“ ist bereits erarbeitet. Auch die Wohnbauträger haben Interesse für diese Pläne gezeigt. Wer Billigstwohnungen errichtet soll eine höhere Wohnbauförderung bekommen. Unser Konzept ist es, Wohnungen mit 30, 45 und 65 Quadratmeter mit Kosten in Höhe von 220, 320 und 420 Euro (je nach Größe) ohne Strom und Heizung anbieten zu können. Ich rechne damit, dass wir bis zu 200 Wohnungen pro Jahr errichten können.

Ausländermaut

Verkehrssprecher NAbg. Gerhard Deimek fordert von Verkehrsministerin Bures Konzepte statt Klagen angesichts der drohenden Ausländermaut in Deutschland. „Bures will beim Europäischen Gerichtshof klagen. Um die Pendler zu entlasten, ist es nötig, die



deutsche Autobahnmaut steuerlich absetzbar zu machen. Auch in Österreich soll es eine Ausländermaut – inklusive Bundesstraße geben.

„Wir müssen unsere zentrale Lage in Europa endlich zum Vorteil der Menschen dieses Landes nutzen.“



Westring:

 **Projekt von existenzieller Bedeutung**

„Der Westring ist vordringlich für die regionale Wirtschaft und die Pendler“, betont FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner. Das Projekt ist aus Sicht des freizeithilfen Clubobmanns „von existenzieller Bedeutung.“

„Brücken verbinden Menschen, auch Straßen verbinden Menschen“ – mit diesen Worten machte sich im Landtag FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner für den Westring stark. „Sowohl der Individual- als auch der Güterverkehr werden immer mehr auf die Straße verlegt, das Projekt ist unumgänglich!“ Erwartungsgemäß sprachen sich die Grünen erneut gegen den Westring aus.

„Das Verkehrsprojekt dient nicht nur der regionalen Wirtschaft, sondern auch den ewig staugeplagten Pendlern. Es ist mir unverständlich, warum sich die Grünen massiv gegen ein Projekt stellen, das die Menschen dringend brauchen“, argumentiert Steinkellner. „Hier geht es um Existenzen! 2014 muss daher das Jahr des Durchbruchs für den Westring sein. Ich bin zuversichtlich, dass die Umsetzung dieses so wichtigen Projektes nun endlich in Angriff genommen werden kann!“

So nicht! NEIN zu Postenschließungen



Die ÖVP-Innenministerin plant die Schließung von 21 Polizeiposten in Oberösterreich. Das bedeutet einen Kahlschlag bei der Sicherheit. Denn weniger Polizeiposten bedeuten weniger Sicherheit. Die Anfahrtswege werden verlängert und dadurch trifft die Polizei noch später dort ein, wo sie gebraucht wird. Zudem folgt Postenschließungen immer auch ein Abbau von Polizeipersonal.

Die Pläne der ÖVP-Innenministerin werden von Landes-ÖVP, SPÖ sowie Grünen unterstützt. Nur die FPÖ kämpft gemeinsam mit der Bevölkerung für mehr Sicherheit und gegen ein Drüberfahren über uns Oberösterreicher!

Eine Petition gegen die Schließung der Polizeiposten startet die FPÖ Oberösterreich. „Unser Bundesland ist mit 21 Postenschließungen überdurchschnittlich stark betroffen. Wir Freiheitliche werden es nicht hinnehmen, dass ÖVP, SPÖ und Grüne über die Sicherheit der Oberösterreicher einfach so drüberfahren“, ruft der Sicherheitssprecher der FPÖ Oberösterreich. LAbg. Alexander Nerat die Bevölkerung auf, diese Unterschriftenkampagne zahlreich zu unterstützen.



„Mit ihrer Unterschrift können die Bürger ein sichtbares Zeichen des Protests gegen die Politik des Drüberfahrens der ÖVP-Innenministerin setzen. Ein Schulterchluss der Bevölkerung und der Medien ist nötig. Die Menschen dürfen nicht in Lethargie verfallen. Ein lautstarker Protest mit ihrer Unterschrift ist notwendig und möglich.“ Die Petition ist auf der Homepage der FPÖ Oberösterreich unter www.fpoe-ooe.at zu finden. „Die Bürger werden gebeten, die unterfertigten Listen an die FPÖ-Landesgeschäftsstelle zu senden“, verweist der FPÖ-Sicherheitssprecher darauf, dass die Möglichkeit zum Protest mittels Unterschrift auch in den Bezirksgeschäftsstellen und bei Bürgerständen im ganzen Land besteht. „Ich hoffe auf breite Unterstützung durch die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher.“

Mit meiner Unterschrift setze ich ein klares Zeichen gegen den Kahlschlag bei der Sicherheit in Oberösterreich!

Nr.	Name	Geb.-Datum	Anschrift	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				



LR Dr. Manfred Haimbuchner

Landesparteiobmann

„Polizeiposten ohne Polizei, aber mit Gegensprechanlage. Das sind potemkinsche Polizeiposten. Die Schließungen gefährden die Sicherheit. Im Ernstfall verlängern sich Anfahrtswege und die Reaktionszeit verzögert sich entsprechend.“



Bundesrat Hermann Brückl

Bezirksparteiobmann Schärding

„Laut Ministerin garantieren nicht Gebäude, sondern Polizisten vor Ort die Sicherheit und das werde mit den Zusammenlegungen erreicht. Das heißt also: Je mehr Polizeiinspektionen geschlossen werden, umso sicherer wird das Land? Das ist doch absurd!“



NAbg. Anneliese Kitzmüller

Bezirksparteiobfrau Urfahr-Umgebung

„Das Mühlviertel ist von der Ost-Kriminalität besonders betroffen. Da ist es kontraproduktiv, den Posten in Oberneukirchen zu schließen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gestärkt werden. Video-Kontrollen an der Grenze reichen nicht aus.“



Mag. Günther Steinkellner

Klubobmann

„In Zeiten steigender Kriminalität Polizeiposten zu schließen, grenzt an grobe Fahrlässigkeit.“



NAbg. Elmar Podgorschek

„Die Schließung des Polizeipostens in Antiesenhofen widerspricht den Richtlinien des Innenministeriums. Wir fordern eine Offenlegung der konkreten Vorgehensweise bei den Postenschließungen.“



GV Christian Hartwagner

Bezirksparteiobmann Kirchdorf

„Eine flächendeckende Präsenz an Polizisten und Posten ist nötig. Der ländliche Raum darf nicht ausgedünnt werden.“



LABg. Alexander Nerat

FPÖ-Sicherheitssprecher

„Landeshauptmann Pühringer verstrickt sich in Widersprüche und die SPÖ lässt die Bürger und ihre Bürgermeister im Stich.“



LABg. Ing. Wolfgang Klinger

Bürgermeister, Bezirksparteiobmann Grieskirchen/Eferding

„Ein Vorteil für die Bevölkerung ist beim besten Willen nicht erkennbar. Im Gegenteil: Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wird nicht nachgekommen, es wird massiv verletzt. Auch bei zusammengelegten Posten wird die Verwaltungsarbeit nicht weniger. Es wird kein Polizist zusätzlich auf der Straße sein.“



NAbg. Roman Haider

„Polizeipostenschließungen in Tourismusorten gefährden die Tourismuswirtschaft.“



NAbg. Ing. Heinz Hackl

Bezirksparteiobmann Vöcklabruck

„Die Placebo-Handlung Dorfpolizist hebt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nicht.“

Sozialleistungen:

FPÖ für Heimatlandprinzip

Über drei Millionen Rumänen und Bulgaren haben bereits ihr Land verlassen, um sich in Mitteleuropa niederzulassen. Mit der Ausweitung der Freizügigkeit für die beiden Armenhäuser Europas wird sich diese Zahl noch erhöhen. Da die Gesetze nicht streng genug sind, um eine Zuwanderung in den Sozialstaat zu verhindern, fordert die FPÖ die Einführung des Heimatlandprinzips. „Wer in Mitteleuropa arbeiten will und kann, soll dies tun. Aber die Sozialleistungen erhält er aus seinem Heimatland“, so FP-Landeschef Haimbuchner und EU-Abgeordneter Obermayr.

Kritik üben Haimbuchner und Obermayr an SPÖ und ÖVP. „Die Regierung missachtet das Problem des Sozialtourismus völlig. Völlig legal können unser Arbeitslosenversicherungssystem sowie unser Sozialsystem ausgenutzt werden. Neu Zugewanderte müssen lediglich 52 Wochen arbeiten, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten. Dazu kommen dann noch weitere Ansprüche, wie etwa auf die Familienbeihilfe“ verweisen die beiden FPÖ-Politiker darauf, dass der Anteil nichtösterreichischer Staatsbürger unter den Beschäftigungslosen bereits jetzt deutlich höher ist als der der Inländer. Daher müssen arbeitslose EU-Bürger

sowie Drittstaatsangehörige nach einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit ausreisen. Dadurch wird der heimische Arbeitsmarkt geschützt. Um die heimischen Sozialsysteme zu entlasten soll das Wohnlandprinzip durch das Heimatlandprinzip ersetzt werden. Auch wenn Zuwanderer in einem anderen Land arbeiten, sollen sie weiterhin die Sozialleistungen ihres Heimatlandes erhalten.

Großbritannien und Deutschland haben das Problem ebenfalls erkannt. „Daher besteht“, so Obermayr, „eine echte Chance

Heimatlandprinzip statt Wohnlandprinzip: Zuwanderer sollen Sozialleistungen aus ihren Heimatländern bekommen

auf eine Reform der Freizügigkeitsrichtlinien, wonach die Sozialleistungen aus dem Heimatland bezogen werden müssen.“ FP-Landeschef Haimbuchner zeigt sich überzeugt, „dass dann nur solche Zuwanderer kommen, die auch wirklich arbeiten wollen und sich sowie ihre Familien mit dieser Arbeit auch selbst erhalten können“.



Familienbeihilfe

In Wahrheit wird die Familienbeihilfe nicht einmal um 3 Prozent erhöht.

„Nötig wäre eine Erhöhung um rund 50 Euro. Nur das wäre eine echte Inflationsbereinigung und würde die Verluste der vergangenen Jahre ausgleichen“, spricht sich NAbg. Anneliese Kitzmüller dafür aus, dass es eine jährliche Anpassung an die Inflation geben muss. Und LAbg. Ulrike Wall ergänzt: „Die Erhöhung der Familienbeihilfe ist eine ÖVP-Mogelpackung. Inflation und Steuererhöhung machen die von Bundesministerin Dr. Karmasin gelobte Initiative zum Durchlaufposten.“



Gratulation zum 70. Geburtstag

Im Kreis der Familie und mit Weggefährten aus den unterschiedlichen Lebensphasen feierte der langjährige FPÖ-Landesparteiobmann Landesrat a. D. Dr. Hans Achatz in froher und gemütlicher Runde seinen 70. Geburtstag. Die FPÖ Oberösterreich schließt sich den Gratulationen an.

Sektsteuer

Die Wiedereinführung der Sektsteuer ist laut NAbg. Mag. Roman Haider „eine steuerpolitische Posse auf dem Rücken der Weinbauern“.

Die Regelung, dass die Steuer nur für Flaschen mit Korkverschluss mit mehr als 3 bar Druck gelte, werde ganz einfach dazu führen, dass in Zukunft vermehrt Schraubverschlüsse Verwendung finden würden, weist Haider auf eine mögliche Umgehungsmöglichkeit hin. „Was der Sinn einer solchen Schuss-in-den-Ofen-Aktion ist, bleibt allerdings verborgen“, wundert sich Haider.



Genmais-Debatte:

„Anschöber vergießt Krokodilstränen!“

„Konsumentenschutzlandesrat Anschöber vergießt in der Debatte um die Genmaiszulassung lediglich Krokodilstränen. Denn seine Partei führt einen Pro-EU-Wahlkampf, damit ist seine Kritik an der aktuellen Zulassung von Genmais in bestimmten europäischen Staaten wenig glaubwürdig.“

Die Grünen sollten sich vielmehr stärker dafür einsetzen, dass ihre Bundespartei endlich einen realistischen Kurs in der Europapolitik einschlägt. Einerseits wird die EU hochgelobt, andererseits üben die Grünen Kritik an der Ausbreitung von Gentechnik, welche gerade durch die EU und die Lobbyisten der industrialisierten Lebensmittelkonzerne vorangetrieben wird.

Das ist an grüner Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“, zeigen sich FP-Landesparteiobmann, LR Dr. Manfred Haimbuchner sowie der Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft, Landwirtschaftskammerrat Ing. Franz Graf, besorgt über die zu erwartende Zulassung von Genmais.

„Denn die Pollen der gentechnisch veränderten Pflanzen breiten sich dennoch

aus. Daher kann eine Ausbreitung dieser Pflanzen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen sowie auf Tiere, insbesondere auf Nutztiere wie Bienen und andere Insekten, sind nicht ausreichend erforscht.



Trotz vieler offenen Fragen und Bedenken kommt es zu einer Zulassung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit“, so der freiheitliche Landesbauernobmann. Die FPÖ tritt für ein europaweites Verbot ein.

Nur so kann eine Ausbreitung von Genmais verhindert werden. Die EU muss hier im Interesse der Landwirtschaft und der Konsumenten handeln und nicht die Interessen der Lebensmittelkonzerne vertreten.

Europa braucht gestärkte patriotische Kräfte

Am 25. Mai stehen die EU-Wahlen an. „Bereits jetzt häufen sich die Warnungen vor einem Erfolg patriotischer Kräfte in den medialen Beipacktexten des regierenden Systems“, so EU-Abgeordneter Mag. Franz Obermayr.

Aus Sicht des FP-Europaparlamentariers ist ein Zugewinn der patriotischen Kräfte „die Garantie für mehr Bürgernähe und Transparenz bei Entscheidungen auf europäischer Ebene. Es geht um die Rückbesinnung auf die Fundamente einer Wertegemeinschaft und eine Redemokratisierung in wesentlichen Bereichen.“

Entrechtung und Entmündigung der Europäer müssen ein Ende haben, damit das Projekt Europa eine Zukunft hat. Dafür treten wir an. Der Erfolg der sogenannten „EU-Skeptiker“ wird ein Erfolg der Europäer sein. Denn nicht das gemeinsame Europa gilt es infrage zu stellen, sondern jene zu demaskieren, die sich hinter der Fassade der „Gemeinsamkeit“ ausschließlich Profitinteressen andienen, die zunehmend das Gemeinwohl gefährden!“



EU-Abgeordneter Mag. Franz Obermayr



Pühringer: „Nein zum Missbrauch von Mitgliedsbeiträgen für versteckte Wahlkampfwerbung!“

**FA fordert
Transparenz-Richtlinien:**

**AK-Informationen
neutral gestalten**

Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer und Spitzenkandidat für die Arbeiterkammerwahlen, AK-Vorstand Manfred Pühringer, übt scharfe Kritik an der getarnten Verwendung von Mitteln, welche eigentlich für Informationskampagnen gedacht wären.

„AK-Präsident Kalliauer prangt landesweit von den Plakaten der AK, welche eigentlich dazu sein sollten, die Arbeitnehmer über die Wahl zu informieren und eine entsprechende Beteiligung beim Urnengang der Arbeitnehmervertretung sicherzustellen. Es ist aber für die Arbeitnehmer völlig unerheblich, ob der Präsident dort mit Foto abgebildet ist oder nicht. Es ist für den Arbeitnehmer lediglich von Bedeutung, über die Wahlmodalitäten informiert zu werden.“

AK-Wahl:

Arbeitslosigkeit entschieden bekämpfen!

Zum zweiten Mal als Spitzenkandidat ins Rennen für die Arbeiterkammerwahl vom 18. bis 31. März geht der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Manfred Pühringer. „Gegen die Verdrängung am Arbeitsplatz.“ Dafür will sich Pühringer einsetzen.

Pühringer ist seit dem Jahr 2008 in der AK-Vollversammlung und setzt sich vor allem für die Interessen der inländischen Arbeitnehmer ein. „Wir sind dagegen, dass man aus dem Ausland billige Arbeitskräfte nach Österreich holt“, sprechen sich die freiheitlichen Arbeitnehmer vehement gegen die Arbeitsmarktöffnung aus und kritisieren den Zugang zum Arbeitsmarkt für Rumänen und Bulgaren seit Jahresbeginn.

Es sei notwendig, dass Leiharbeiter endlich fixe Anstellungen bekommen. „Leasing ist moderne Sklaverei. Lohndumping wird über Leiharbeitsfirmen betrieben“, fordert Pühringer, dass Unternehmen nicht mehr als maximal zehn Prozent der Belegschaftsstärke als Leiharbeiter beschäftigen dürfen.

Fixarbeit

Wir fordern:

- Begrenzung der Anzahl der Leiharbeitskräfte auf 10 % der Belegschaft
- Gleichstellung Arbeiter und Angestellte – Einkommensschere schließen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen
- Kein Dumping auf Kosten vollwertiger Arbeitsplätze
- Rigorose Einschränkung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie Kurzarbeitszeit, Teilzeit und geringfügige Beschäftigung

Liebe Arbeitnehmer!

Die freiheitlichen Arbeitnehmer sind ein wichtiger Bestandteil unserer Bewegung. Gerade in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht, kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. Denn es besteht heute mehr denn je die Notwendigkeit, sich für die Rechte und die Anliegen unserer österreichischen Arbeitnehmer einzusetzen.

Für uns Freiheitliche gilt „Österreich zuerst am Arbeitsmarkt“. Das beweist die FPÖ auch immer wieder durch unzählige Initiativen im Nationalrat und in den Landtagen. Aber nach wie vor buckeln SPÖ und ÖVP vor einer EU, die nur für die Interessen der Großkonzerne und Großbanken eintritt. Und statt sich aktiv für die Bewahrung und Schaffung österreichischer Arbeitsplätze einzusetzen, schickt die Bundesregierung das sauer verdiente Geld unserer Bürger lieber an Pleitestaaten oder wirft es den Banken hinterher, um deren Spekulationsgeschäfte abzusichern. In Österreich sind es einzig und allein die Freiheitlichen, die diese gravierenden Probleme und Fehlentwicklungen aufzeigen, aber auch realistische Konzepte und

Lösungen anbieten. Und unser klarer und geradliniger Weg wird auch von den Menschen honoriert.

Österreichs Arbeitnehmer werden in der FPÖ als Soziale Heimatpartei immer einen verlässlichen Verbündeten haben. Denn „Österreich zuerst“ ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Herzensangelegenheit.



Ihr
HC Strache

Impressum: Freiheitliche Arbeitnehmer Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz

GEHÄLTER
und
PENSIONEN
müssen sich wieder lohnen

Manfred Pühringer
manfred.puehringer@fpoe-linz.at

Der Hammer in der Kammer

AK WAHL 2014
18. – 31. März 2014

FA – Freiheitliche Arbeitnehmer, Liste 3

www.fa-ooe.at
f /fa.ooe

Einkommen zum Auskommen

~~X~~ Wir fordern:

- Steuerfreiheit für Überstunden, keine Arbeitszeitflexibilisierung auf Kosten von Überstunden
- 13. Et 14. Gehalt verfassungsrechtlich schützen
- Sozialer Zuwanderungsstopp – keine Zuwanderung, solange österreichische Facharbeiter ohne Job sind
- Abschaffung der mehrfachen Pflichtversicherungen

Karriere mit Lehre

~~X~~ Wir fordern:

- Duales Ausbildungssystem fördern
- Teilzeitlehre ermöglichen und Blum-Bonus für Betriebe, die Lehrstellen schaffen, wieder einführen
- Ausländische Facharbeiter aus Drittländern nur für Firmen, die Lehrlinge ausbilden
- Matura und Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel für Lehrlinge kostenfrei

Wahlrecht aktiv ausüben

Arbeitnehmer, die nicht in ihren Betrieben wählen können, erhalten eine Zusendung von der Arbeiterkammer. Mit dem beiliegenden Briefwahlformular kann man sich an der AK-Wahl 2014 beteiligen. Rudolf Kroiß, AK-Rat aus Vöcklabruck und langjähriger Betriebsrat bei der Firma Hatscheck, ruft alle auf, „vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und den Stimmzettel fristgerecht an die Arbeiterkammer zurückzuschicken.“

„Gerade jetzt ist es besonders wichtig“, so Kroiß, „dass freiheitliche Werte und Ideen mehr im politischen Themenspektrum in der Arbeiterkammer eingebracht werden können. Die freiheitlichen Arbeitnehmer sind in der AK die einzige Fraktion, die gravierende Probleme und Fehlentwicklungen aufzeigt. Wir zeigen

Misstände im Gesundheits- und Sozialwesen auf. Wir sprechen uns gegen All-In-Verträge aus und sagen Nein zu Pensionsverschlechterungen“, nennt der Vöcklabrucker Arbeitnehmer-Vertreter einige Themenbereiche.

„Die Menschen brauchen ein Einkommen zum Auskommen. Statt der Leiharbeit muss es endlich Fixarbeitsstellen geben. Karriere mit Lehre und die Qualitätssicherung im Bildungsbereich sind mir ein Anliegen“, so Kroiß.



AK-Rat Rudolf Kroiß

Altern in Würde

~~X~~ Wir fordern:

- Jährliche Anpassung nach dem Pensionistenpreisindex
- 40/45 Jahre Arbeit sind genug
- Besten 30 Jahre als Pensionsberechnungsbasis
 - Erhöhung der Mindestpensionen über dem BMS-Satz
- Vereinheitlichung der Pensionskassen und Sozialversicherungen
- Gerechte Pensionen auch für Frauen

Rekordarbeitslosigkeit: FPÖ für Maßnahmen

Angesichts der alarmierenden Arbeitslosigkeit in unserem Land spricht sich FP-Landesparteiobmann, LR Dr. Manfred Haimbuchner „für ein Bündel an Maßnahmen aus, um der Rekordarbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten.“

Unter den Österreichern sei die Arbeitslosigkeit um über sieben Prozent gestiegen. Mehr als doppelt so hoch – um über 15 Prozent – ist hingegen die Beschäftigungslosigkeit unter ausländischen Staatsbürgern gestiegen.

„Daher ist es notwendig, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um arbeitslose Ausländer nach einer längeren Dauer der Beschäftigungslosigkeit aus Österreich ausweisen zu können“, fordert Haimbuchner. Dies müsse sowohl für EU-Bürger als auch für Drittstaatsangehörige gelten. „Setzt sich der negative Trend am Arbeitsmarkt fort, droht unserem Sozialsystem der Weg in den Abgrund.“ Es müsse „die

Möglichkeit bestehen, auf Herausforderungen am Arbeitsmarkt flexibel reagieren zu können. In Phasen der Konjunktur ist die richtige Zuwanderung von benötigten Facharbeitskräften durchaus legitim. Jedoch muss in Krisenzeiten wie diesen auch konsequent reagiert werden können, indem die Belastung des Arbeitslosenversicherungssystems beseitigt wird.“

Zudem mahnt der FPÖ-Landeschef die Umsetzung einer Steuerreform ein. „Wir müssen alle Einkommensschichten spürbar entlasten. Denn das kurbelt den Konsum und somit auch die Wirtschaft an. Die von der ÖVP angekündigte Entfesselung der Wirtschaft darf nicht länger verzögert wer-



den. Denn die Unternehmer brauchen einen Abbau an Bürokratie und die Möglichkeiten, Investitionen zu tätigen, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.“

Die zahlreichen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Schulung von Arbeitslosen sind „auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz zu evaluieren. Die aktuellen Daten zeigen, dass Oberösterreich den zweitstärksten Anstieg an Arbeitslosen im Bundesländervergleich verzeichnet. Wir können es uns nicht leisten, dass Millionen Euro an Steuergeldern für Beschäftigungstherapien auf AMS-Verordnung hin wirkungslos verpuffen“, schloss Haimbuchner.

Geht es nach SPÖ-Sozialminister Hundstorfer, so ist die Entwicklung am Arbeitsmarkt sehr zähflüssig. Irrtum, Herr Minister! Zähflüssig ist die Vorgehensweise der Regierung. Es werden keinerlei geeignete Maßnahmen gesetzt, um die Rekordarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Alle Einkommensschichten müssen mit einer Steuerreform spürbar entlastet werden. Die Unternehmer sind zu stärken. Das gelingt mit einem Abbau an Bürokratie. Denn, wer Investitionen in den Wirtschaftsstandort tätigen kann, sichert und schafft Arbeitsplätze.

Verschärft wird die Situation am Arbeitsmarkt auch durch die europäische Schuldenkrise. Dazu kommen zusätzliche Faktoren wie die Öffnung des Arbeitsmarktes für Rumänen und Bulgaren – ohne geeignete Schutzklauseln. Ja, Herr Minister, Österreich ist auch von der internationalen Entwicklung abhängig. Nicht zuletzt auch auf Grund der starken Export-Orien-

tierung. Überfällig ist, dass Kanzler Faymann mit einer eigenen Meinung nach Brüssel fährt und diese dort auch vertritt.

Zähflüssig

Anstatt Angela Merkel, die das griechische Fass ohne Boden mit deutschem und österreichischem Steuergeld weiterfüttern möchte, alles nachzubeten, sollte Faymann in Brüssel endlich auf den Tisch hauen und den österreichischen Standpunkt klar vertreten.

Nur eine glaubhafte Lösung der Schuldenkrise kann das Vertrauen wieder herstellen. Damit wäre der Weg frei für

Investitionen in die Zukunft. Solange die Bürger und die Unternehmen nicht wissen in welche Richtung der Zug fährt, werden sie mit Investitionen zurückhaltend sein. Jetzt ist der Zeitpunkt für klare Ansagen in Brüssel.

Absurd ist auch, dass laut Hundstorfer eines der Hauptprobleme von Arbeitssuchenden mangelnde Qualifikation sei. Jährlich werden Millionen Euro in Schulungsmaßnahmen gesteckt. Offenbar nur mit dem Ziel, die Arbeitslosen-Statistik zu schönen.

Das Ziel muss aber sein, Arbeitssuchenden jene Ausbildung zu geben, die sie für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt braucht. Reformen im Schulungsbereich dürfen nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. 450.000 Arbeitssuchende in Österreich müssen Alarmsignal genug sein, um den Worten auch endlich Taten folgen zu lassen.

☐ Steuerhoheit: Mehr Geld für OÖ

„Mehr oberösterreichisches Steuergeld für Oberösterreich.“ Das fordert FP-Landeschef Manfred Haimbuchner im Hinblick darauf, dass sich ÖVP-Landeshauptleute eine Reform des Finanzausgleichs vorstellen können.

„Ich hoffe, dass es bald zu einer Ausweitung der Steuerhoheit für die Länder kommt.“ Derzeit nimmt der Bund die meisten Steuern ein. Über den Finanzausgleich werden diese an Länder und Gemeinden umverteilt. Durch die Bürokratie kommt es zu Effizienz-Verlusten. „Oberösterreich als stärkstes Industrie-Bundesland und als Exportmeister Österreichs würde mit Sicherheit



von einer Reform profitieren. Das Steuergeld, welches die Oberöreicher erwirtschaften, würde vermehrt in Oberösterreich verbleiben und für wichtige Projekte aufgewendet werden können. Mühsame Verhandlungen mit dem Bund über wichtige Projekte wie Westring und Med-Fakultät Linz würden damit der Vergangenheit angehören.“

Innviertel: 10,4 % Arbeitslose Ländlichen Raum aufwerten

Mit 10,4 % an Beschäftigungslosen ist Schärding trauriges Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik. Der Bezirksparteiobmann der FPÖ Schärding, Bundesrat Hermann Brückl, fordert daher die Bundes- und die Landesregierung auf, „endlich geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu treffen“.

Konkret spricht sich Brückl dabei für mehr finanzielle Unterstützung für den ländlichen Raum in Oberösterreich aus. „Steuern wir nicht rasch gegen diese Entwicklung, so wird es schwer werden, die hohe Lebensqualität im ländlichen Raum zu halten. Dann droht die weitere Abwanderung in den Zentralraum.“

Verbessert werden müsse die Infrastruktur. „Wir brauchen die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Wir müssen gezielt Ausbildungsplätze am Land fördern. Nur mit Investitionen in den ländlichen Raum kann Arbeitslosigkeit gezielt bekämpft werden.“

Neue Homepage:

Besuchen Sie manfredhaimbuchner.at



☐ Bildungstest

Migrantenkinder schneiden bei Bildungstests deutlich schlechter ab, zeigt FP-Bildungssprecherin LAbg. Mag. Silke Lackner auf.

„Auffallend schlechtere Ergebnisse gibt es in Englisch und Mathematik“, zeigen die Ergebnisse laut Lackner deutlich, dass unser Bildungssystem Mängel hat. Die FPÖ tritt daher für eine zeitgerechte und effizientere Vermittlung von Deutschkenntnissen als Basiswissen ein.

☐ Abgelehnt

Abgelehnt hat FP-Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner in der Landesregierung eine Förderung für das AK-Bildungshaus Jägermayrhof. Ein Lehrgang für Projekt- und Vereinsmanagement in Migrantenselbstorganisationen bekam 33.200 Euro bewilligt. „Die Landesregierung soll generell den Kammern keine Förderungen gewähren. Die Kammern nehmen selbst sehr hohe Mittel über die Zwangsmitgliedsbeiträge ein. Daher brauchen sie nicht auch noch Steuergelder“, so Haimbuchner.

☐ Schulstarthilfe

Laut Beschluss des Bezirksgerichts Innsbruck sollen künftig auch Nicht-EU-Bürger Schulstarthilfe erhalten. FP-Familiensprecherin Anneliese Kitzmüller: „Österreich ist bereits jetzt mit dem Export von Familienleistungen ins Ausland konfrontiert. Damit wird der Sozialtourismus in Richtung Österreich weiter angefach.“



Was Schweizer dürfen, sollen Österreicher auch können

Die Schweiz hat unter großer Wahlbeteiligung bei einer Volksabstimmung die Beschränkung des Zuzugs von Ausländern beschlossen. Es sollen nur so viele Personen einwandern dürfen, wie es der Arbeitsmarkt und die Gesellschaft verkraften.

„Was die Schweizer dürfen, sollen die Österreicher auch können. Die Schweizer Bürger wurden ja dazu aufgerufen über eine Reform der Personenfreizügigkeit abzustimmen. Wenn die Schweizer Bürger – welche keine EU-Bürger sind – selbst darüber entscheiden können, ob Beschränkungen für den Zuzug von EU-Bürgern eingeführt werden oder nicht, ist es das Mindeste, dass auch die österreichische Bevölkerung darüber an der Urne entscheiden kann“, fordert FPÖ-Landeschef LR Dr. Manfred Haimbuchner anlässlich der Schweizer Abstimmung die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Frage, ob die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU reformiert werden soll oder nicht.

„Die Rekordarbeitslosigkeit muss allen politischen Entscheidungsträgern klar gemacht haben, dass die Personenfreizügigkeit nicht in der aktuellen Form beibehalten werden darf, sondern reformiert werden muss. Der unregelmäßige Zuzug von schlecht ausgebildeten Zuwanderern aus Süd- sowie Südosteuropa muss eingeschränkt werden. Da diese Zuwanderung in erster Linie in das Sozial- und Arbeitslosenversicherungssystem stattfindet“, so der FP-Landeschef. Die FPÖ fordere eine Volksabstimmung über die Einführung einer Flexi-Schutz-Klausel. „Wenn die Anzahl der Arbeitslosen hohe Werte erreicht, soll der Zuzug von EU-Bürgern auf den Arbeitsmarkt beschränkt werden. Wenn sich die österreichische Bevölkerung in



FPÖ fordert eine Volksabstimmung über eine Reform der Freizügigkeit nach dem Vorbild der Schweiz

einer Volksabstimmung für diese Reform ausspricht, kann Brüssel nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müsste endlich handeln,“ bekräftigt Haimbuchner.

„HAIMBUCHNER-TV“:

Information aus erster Hand

Regelmäßige Beiträge in Videoform gibt es von der FPÖ Oberösterreich im Internet. Diese Videos sind unter www.youtube.com/haimbuchnertv abrufbar. „Wir nutzen dieses Medium, um in Wort und Bild unsere Positionen an die Menschen zu bringen“, ist FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner davon überzeugt, dass die sozialen Medien auch im politischen Alltag in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen.



Impressum: MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Druck: Direkta Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZ00 – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landesparteiobmann: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klöngler, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, C. Hartwagner, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ

FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK OBERÖSTERREICH



YouTube.com

HaimbuchnerTV
aktuell • ehrlich • informativ